



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VI/124

Hannover, 1. Juni 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die "gemeinsame" Aussenpolitik	S. 1
Tschiang Kai-schek zwischen Washington und London	S. 3
In der Ostzone wird mit Lehm und Holz- nägeln gebaut	S. 4
Bund der grossen Steuerzahler	S. 5

---

## Der Irrtum des Kanzlers

P.R. Der Bundeskanzler hat sich in später Nachtstunde vom Donnerstag zum Freitag bei der Verteidigung gegen Angriffe auf seine Aussenpolitik darauf zurückgezogen, mit einem feierlichen, bisweilen leicht sentimental anmutenden Appell recht allgemeiner Art an die Opposition zur Zusammenarbeit und zur Aufgabe ihrer angeblich negativen Politik zu antworten. Er hat, gewissermassen in das Gewand eines Hohepriesters der nationalen Würde gekleidet, ein Monopol für die einzig richtige Art einer deutschen Aussenpolitik beansprucht. Die Anmassung, die in dieser Gleichsetzung von positiver und Regierungs- und auf der anderen Seite von negativer und Oppositions-Politik liegt, war aufreizend. Sie wurde nur unzureichend durch die freundlichen Schlussworte ausgeglichen, an deren dauerhafte Wirksamkeit zu zweifeln man Grund hat. Jene Anmassung wirkte umso unangebrachter, als sie einen Tag nach einer Bundestagsdebatte zum Ausdruck kam, in der ein besonders eklatanter Misserfolg der Adenauerschen Aussenpolitik vor aller Welt sichtbar wurde.

Es war unter diesen Umständen eine beträchtliche Leistung an Selbstbeherrschung, wenn für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Ollenhauer sachlich pointiert, aber sehr ruhig den Standpunkt seiner Partei zu dieser Haltung des Bundeskanzlers darlegte. Es

ist nun einmal so, dass die Sozialdemokratische Partei in vielen nach ihrer Ansicht entscheidenden Fragen die Aussenpolitik der Regierung nicht unterstützen kann, weil sie diese Politik im allgemeinen deutschen Interesse für schädlich hält. Ollenhauer hat freilich hinzugefügt, dass ein ebenso grosser Unterschied, wie er in der Auffassung in einigen Einzelfragen besteht, auch in der Methodik und in der Ausgangsposition vorhanden ist, was eine zusätzliche Erschwerung für ein Zusammenkommen bedeutet. Auch die Sozialdemokratische Partei ist sich der Vorzüge einer gemeinsamen Aussenpolitik in möglichst vielen Fragen bewusst, aber sie kann natürlich die Gemeinsamkeit nicht nur um dieses Prinzips willen unter Aufgabe sachlicher politischer Notwendigkeiten anstreben, das würde im Falle der Aussenpolitik Adenauers im wesentlichen auf eine Gemeinsamkeit der Unterlassungssünden und auf ein Sich-mitschuldig-machen hinauslaufen, das vernünftigerweise von niemandem verlangt werden kann.

Auf der Linie einer angestrebten Schein-Zusammenarbeit, die nach aussen hin das Gesicht der Gemeinsamkeit trägt, in der Substanz aber nur den eigenen Vorstellungen entsprechen soll, liegt auch die Personalpolitik des Kanzlers. Dr. Adenauer hat trotz aller Bemühungen nicht den Eindruck verwischen können, dass sein seinerzeitiges briefliches Angebot an die SPD, sich bei der Besetzung von Stellen des Auswärtigen Dienstes zu beteiligen, insofern nicht mehr als eine Formalität war, als alle wesentlichen Posten im inneren wie im äusseren Apparat bereits mit Leuten seines eigenen engeren Vertrauens besetzt waren und es im Grunde damals schon eine Zumutung war, unter diesen Umständen Vorschläge zu erbitten. Nach dem, was der Kanzler über die mögliche Zusammenarbeit von Regierung und Opposition nicht nur gestern hat verlauten lassen und auch nach seiner bisherigen Praxis kann man sich leider des Eindrucks nicht erwehren, als wolle er sich mit der Vergebung einiger Posten des Auswärtigen Dienstes an die Sozialdemokratie deren grundsätzliche Zustimmung zu seiner Politik erwerben - eine Absicht, mit der man sich auf sozialdemokratischer Seite nie wird befreunden können.

Nicht die pathetische Beschwörung einer Gemeinsamkeit, sondern nur die Schaffung realer Vertrauensgrundlagen kann das herbeiführen, was der Bundeskanzler als notwendige Gemeinsamkeit in der Vertretung aussenpolitischer Fragen bezeichnet. Bisher sind sie nicht vorhanden. Und sie werden solange nicht gegeben sein, wie der Bundeskanzler daran festhält, dass nur seine Vorstellungen Grundlage und Richtschnur einer solchen gemeinsamen deutschen Aussenpolitik sein könnten.

Die Gefahr Tschiang Kai-schek

B.C.London, im Mai.

Der Abwehrkrieg der UNC-Truppen an der Korea-Front hat Außenminister Herbert Morrison von seiner bisher schwersten Sorge befreit und einen unüberwindlich erscheinenden Reibungspunkt zwischen Washington und London aus dem Wege geräumt.

Man glaubte in London, Gewissheit zu haben, dass angesichts des unwiderstehlich erscheinenden Massenansturms der chinesischen Divisionen die Regierung Trumans sich bereits dazu entschlossen hatte, der Formosa-Armee des Marschall Tschiang Kai-schek "freie Hand" zu geben, auf dem Festlande Chinas zu landen und sie mit dem nötigen Kriegsmaterial zu versorgen, um den Druck auf die West-Truppen in Korea zu vermindern. Die entsprechende Rede des Unterstaatssekretär Rusk deutete man nicht nur als eine unmassgebliche persönliche Meinungsäußerung.

Gegen die Unterstützung und Verwendung Tschiang Kai-scheks hatte die britische Regierung schärfstens protestiert. Nicht nur würden die asiatischen Mitgliedstaaten des britischen Commonwealth rebelliert haben, sondern auch das britische Volk selbst betrachtet Tschiang Kai-schek und sein Regime als viel zu sehr diskreditiert und korrupt, als dass man ernstlich daran dächte, es als einen möglichen Verbündeten anzunehmen. Sogar Churchill, der noch kürzlich öffentlich erklärte, die Politik Grossbritanniens müsse Amerika unter allen Umständen und um jeden Preis unterstützen (womit er auch bei seinen eigenen konservativen Anhängern bedenkliches Kopfschütteln auslöste - selbst Churchill würde es nicht gelingen, den Briten ein Bündnis mit dem Formosa-Regime schmackhaft zu machen.

Durch die chinesische Niederlage ist nun dieser Konflikt aus der Welt geschafft worden. Man hofft in der Downing Street, dass die Regierung zu Peking sich jetzt zu Verhandlungen geneigter zeigen wird als bisher. Vor allem hofft man in London, dass Pandit Nehru jetzt noch einmal sein in Asien wie Europa gewaltiges Ansehen im Interesse einer Befriedung des Fernen Ostens in die Wagschale werfen wird. Seit der Absetzung des Generals MacArthur sind auch die Ansichten, dass Amerika einen derartigen Schritt willkommen heissen würde, beträchtlich gewachsen.

Die "Naturbauweise" der Ostzone  
-----

(sp) Aus der Ostzone wird uns geschrieben:

Vor einigen Wochen konnte man in der mecklenburgischen Provinz-  
presse lesen, dass der Einsturz eines Neubauern-Typenhauses der  
Lehmbauweise dazu geführt habe, dass "Neubauern, Bauarbeiter und  
Einwohner nicht mehr viel vom Lehmbau wissen wollen". Im Anschluss  
an diese Meldung wurden dann beschwichtigende Ratschläge über die  
richtige Handhabung der "Naturbauweise" und die Überbrückung der  
zahlreichen Engpässe gegeben. Diese und andere Verlautbarungen sind  
charakteristisch für die Situation, in welche das 1945 mit grossem  
Pomp verkündete ostzonale Bauprogramm für rund 20.000 Neubauern-  
wirtschaften seither geraten ist. Dieses Fiasko ist mitverantwort-  
lich für den auch 1950 noch nicht völlig aufgeholtten effektiven Pro-  
duktionsrückgang der ostzonalen Landwirtschaft.

Das Neubauern-Bauprogramm soll nach einem Beschluss der Sowjet-  
zonenregierung in der ersten Hälfte des Fünfjahresplanes abgeschlos-  
sen werden. Aber noch zu Beginn des laufenden Jahres lagen rund  
20.000 Überhangbauten, zum Teil sogar noch aus dem Planjahr 1948-49,  
vor. Im vergangenen Jahr wurde nämlich das Plansoll an Neubauern-  
gehöften nach einer Meldung des "Neuen Deutschland" nur zu zehn Pro-  
zent erfüllt. Das hinderte aber die verantwortlichen Stellen nicht,  
trotz der Überhangbauten für 1951 weitere 10.000 Wohn- und 12.000  
Stallbauten mit einem Aufwand von 145 Mill. Ostmark zu planen.

Nach dem Plan sollen die Überhangbauten bevorzugt bis späte-  
stens 30. Juni fertiggestellt sein, aber zuständige Stellen geben  
schon heute zu, dass der Materialbedarf von der Baustoffindustrie  
nicht gedeckt werden kann und dass daher in grossem Umfang auf Ab-  
bruchmaterial und "Naturbaustoffe" zurückgegriffen werden müsse, was,  
so erklärt man, auch wesentlich billiger sei.

Nach dem Fehlschlagen der Siedlungsaktion war man im Vorjahr  
darangegangen, einige billige Bautypen zu entwickeln. Es handelt  
sich um den Kerntyp "L 511" (6.000 Ostmark!), der dann zu den Typen  
"L 512" (10.000 Ostmark), "L 513" und "L 514" weiter ausgebaut wer-  
den kann. Sämtliche Typen können auch im Lehmbau ausgeführt werden,  
wofür besondere Pläne ausgearbeitet und "Beratungs- und Lehrstellen  
für Naturbauweise" eingerichtet worden sind. Lehm soll überall

verwendet werden, wo er bis zum Umkreis von zwei bis drei Kilometern vorhanden ist. Aber die technischen Schwierigkeiten der "Naturbauweise" können offenbar nicht immer gemeistert werden, wie auch aus der eingangs zitierten Meldung ersichtlich ist.

Den Engpass Bauholz versucht man damit zu umgehen, dass für den Dachverband nur Rundholz verwendet wird, damit das Schnittholz für die Tischlerarbeiten bereitgestellt werden kann. Fussbodenbelag aus Holz, Keller- und Aussentreppen, Holzfachwerk, Holzverschalung usw. sind unzulässig. Metallnägeln aber sind ein noch schwierigerer Engpass als Holz. Es soll daher weitgehend von der Holznagelung Gebrauch gemacht werden. Da Tonziegel kaum zur Verfügung stehen und Zementknapp ist, sollen vor allen Dingen bei Lehmbauten als Dachbedeckung Lehrschildeln Verwendung finden.

+ + +

Bund der grossen Steuerzahler

(sp) Man sollte jeder Organisation dankbar sein, die sich um eine Einschränkung vermeidbarer Staatsausgaben bemüht und gleichzeitig auch den Kampf für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit der Staatsbürger führt. Der "Bund der Steuerzahler" hat gewiss seine Meriten, wenn er auf Mißstände in der Verwaltung aufmerksam macht, die Kosten des übertriebenen Länderpartikularismus geißelt und gegen das komplizierte Steuersystem angeht, damit es übersichtlicher und verständlicher gestaltet werde.

Bisher hat der Bund der Steuerzahler behauptet, für alle Steuerzahler zu sprechen. Neuerdings spricht er überwiegend für die grossen. So sehr er auch die Beiträge kleiner Steuerzahler schätzt, so wenig dankt er an sie bei seinen neuesten Pressemitteilungen. Ursprünglich hatte der Bundestag bei der zweiten Lesung der Steuerreform die Spesen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden nicht mehr als abzugsfähig anerkannt. Damit wäre einem Unfug gesteuert worden, der viel böses Blut in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit gemacht hat. Ein grosser Teil westdeutscher Luxusbetriebe vom teuersten Hotel bis zur Bar wurde nämlich auf Kosten der übrigen Steuerzahler bestritten aus derartigen abzugsfähigen "Spesen". Es sollten solche Aufwendungen zur Lebenshaltung gehören und niemandem verboten werden,

W i c h t i g e   M i t t e i l u n g  
-----

Wir machen unsere Bezieher und Mitarbeiter nochmals darauf aufmerksam, dass die Ausgaben

P O L I T I K   u n d   V O L K S W I R T S C H A F T

des Sozialdemokratischen Pressedienstes ab 4. Juni d.J. aus Bonn versandt werden. Die Redaktion dieser beiden Sparten ist ab Dienstag, den 5. Juni unter der Anschrift:

SPD-Pressedienst, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170,  
Tel.Sammel-Nr. 7654-59, Fernschreiber 039 890

zu erreichen. Wir bitten, ab s o f o r t Manuskripte, vertragliche Freilexemplare und alle redaktionelle Korrespondenz an diese Anschrift zu senden.

In Hannover verbleiben bis auf weiteres die Redaktion des Feuilleton-Dienstes und die Geschäftsführung, erreichbar unter der bisherigen Anschrift:

Hannover; Georgstr. 33/V.

Die Feuilleton-Redaktion ist telefonisch unter Nr. 20953 (Nicht wie bisher 20952-53), die Geschäftsführung unter Nr. 27001 (Hannoversche Presse), zu erreichen. Für beide Stellen gilt als Fernschreib-Verbindung die Anschluss-Nr. der Hannoverschen Presse: 023 792. Manuskripte und Korrespondenz für das Feuilleton und alle nichtredaktionelle, geschäftliche Korrespondenz bitten wir, bis auf weiteres an die angegebene Anschrift in Hannover zu senden.

Verlag und Redaktion des SPD-Pressedienstes

+++++

er müsste sie nur aus eigener Tasche zahlen. Das ärgert den Bund der Steuerzahler. Er will diese Kosten als zur "Erwerbung und Sicherung von Einkünften" bestimmt anerkannt wissen, wie jetzt auch geschehen.

Er reiht sich damit ein in die Front derer, denen die Offenlegung der Steuerlisten ein Dorn im Auge ist. Angeblich sei damit so etwas wie der Bolschewismus in Deutschland ausgebrochen. Nun, das hochkapitalistische Amerika kennt praktisch seit seinem Bestehen den "Zensus", den es übrigens auch schon in der römischen Republik gab:

Die Einkünfte der Bürger und die darauf entrichteten Abgaben werden öffentlich bekanntgegeben. So entstehen die jedermann bekannten Listen der amerikanischen Millionäre, die sich durchaus ihrer Einnahmen nicht schämen, wenn sie der Meinung sind, sie jährlich erworben zu haben. Amerika ist mit diesem System nur gut gefahren, Westdeutschland, das bis heute seinen Lebensstandard erheblich auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers bestreitet, sollte alles tun, um durch Steuerehrlichkeit zunächst die eigenen Hilfsquellen auszuschöpfen.

+ + +

#### ADN-Schwindel entlarvt

-----

(sp) Die von der kommunistischen ADN-Nachrichtenagentur verbreitete Meldung, dass die Firma Dortmunder Union Brückenbau A.G., Dortmund "Gast der DDR gewesen sei" konnte als Fälschung festgestellt werden. Aufgrund der vom Vorstand der SPD kürzlich veröffentlichten Denkschrift über den Interzonenhandel, in der eine entsprechende ADN-Meldung zitiert worden war, weist die Dortmunder Union Brückenbau A.G. darauf hin, dass die ADN-Meldung nicht den Tatsachen entspreche. Der ADN-Behauptung liegt zugrunde, dass zwei kommunistische Betriebsratsmitglieder der Firma ihren tariflichen Urlaub ohne Wissen und ohne Zahlung durch die Dortmunder Union Brückenbau A.G. in der Sowjetzone verbracht haben. Vertreter der Firma haben zwar vor mehr als einem Jahr Besuche bei den verschiedenen Behörden gemacht. Das geschah jedoch im Anschluss an das von der Bundesregierung abgeschlossene Wirtschaftsabkommen. Die Firmenvertreter sind nach der Feststellung der Dortmunder Union Brückenbau A.G. nicht Gast der DDR gewesen und die Firma hat auch keine Lieferungen in die Sowjetzone vorgenommen.

+ + +

#### Erholung nur für Aktivisten

-----

(sp) In der Sowjetzone wurde für das Urlaubsjahr 1951 eine Neuregelung über die Bedingungen der Aufnahme von Arbeitern und Angestellten in die Erholungsheime, Kuranstalten und Sanatorien bekanntgegeben. Nach dieser Regelung dürfen in die Heime in erster Linie nur Aktivisten aufgenommen werden, die ihr Soll übererfüllt haben. In besonderen Fällen sollen freie Plätze später an Arbeiter vermittelt werden, die ihr Soll erfüllt haben.

-----

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt